



München, 17.09.2020

Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest: SPD stellt Maßnahmenpaket vor (MIT O-TON)

SPD fordert Existenzsicherungsprogramm für Schweinebauern, höhere Abschussprämien für Wildschweine sowie Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten

[O-Ton: Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest: SPD stellt Maßnahmenpaket vor](#)

Die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Ruth Müller** hat die Staatsregierung aufgefordert Vorkehrungen bezüglich des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland zu treffen. Insbesondere auf den Einbruch der Schweinefleischpreise müsse man reagieren, so die Abgeordnete: „Wenn der Preisrückgang länger anhält oder sich weiter fortsetzt, müssen wir unsere mittelständischen Strukturen in ihrer Existenz sichern! Dieses Existenzsicherungsprogramm muss die Staatsregierung jetzt bereits vorsorglich ausarbeiten, um es bei Bedarf schnell und unbürokratisch anbieten zu können.“

Hintergrund: Die Erzeugerpreise sind nach der Bekanntgabe der Untersuchungsergebnisse bei Schlachtschweinen um 20 Cent je Kilo auf nun nur noch 1,27 € eingebrochen. Ähnlich stellt sich die Situation bei den Ferkeln dar, deren Preis sich ebenfalls um 12 Euro auf 27 Euro reduziert hat.

Darüber hinaus fordert die Landshuter Abgeordnete, die Jägerschaft bei der Reduktion der Wildschweinbestände stärker zu unterstützen. „Es war richtig, Anfang des Jahres in den Nachbarlandkreisen zu Thüringen, Sachsen und Tschechien die Aufwandsentschädigung je erlegtes Wildschwein von 20 auf 100 Euro zu erhöhen. Diese Erhöhung muss angesichts des Infektionsgeschehens in Brandenburg nun jedoch bayernweit vollzogen werden!“, so Müller.

Weiterhin fordert die BayernSPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung auf, sich für ein Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten einzusetzen. Dies würde bedeuten, dass bei einem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest nicht automatisch das gesamte Bundesgebiet

die Exportmöglichkeiten verliert. „Dies würde den Markt in dieser angespannten Situation enorm entlasten“, so Müller.

Zu guter Letzt appelliert Müller an die Verarbeiter und den Lebensmitteleinzelhandel, diese Krise nicht auszunutzen und die Preisabschläge so gering wie möglich zu halten. „Leider ist es so, dass in der Krise oftmals die kleineren und mittleren Betriebe zuerst aufgeben - genau die Betriebe, die wir sichern wollen. Es darf nicht zu einem erheblichen Strukturwandel und einer Industrialisierung der Tierhaltung im Zuge dieser Krise kommen. Hier ist die Politik gefragt, unsere bayerischen Strukturen zu sichern“, so Müller.